

Aushubmaterial in der Region deponieren

Das bekannte Anliegen, Aushubdeponien in der Region zu schaffen, kam am Mittwoch in Feusisberg zur Sprache. Die Auffüllung im Gebiet Waldegg soll 2024 beginnen.

von Frieda Suter

Vorinformationen zur Deponie Waldegg gab es von der Kibag als künftige Betreiberin und aus dem Gemeinderat. Gut 60 Personen fanden sich vor Ort ein und zeigten reges Interesse. Bekannt ist seit Jahren, dass die kantonale Deponieplanung und die entsprechenden Richtplaneinträge im Gebiet Waldegg an der Etzelstrasse ob Schindellegi eine Inertstoffdeponie vorsehen. Das bedeutet, dass auf einer Fläche von rund acht Hektaren hügeligem Land rund 550 000 Kubikmeter sauberes und leicht verschmutztes Aushubmaterial deponiert werden könnten.

Die bisherige Planung hat ergeben, dass es einerseits um die Deponie selber, und andererseits um die Zufahrt geht. Die Vorarbeiten für die Deponie wurden von der Kibag und der Friedli-partner AG als Spezialfirma für Fragen rund um den Baugrund an die Hand genommen. «Der geplante Standort Oberstein-Waldegg erfüllt alle gesetzlichen Auflagen und wird von den kantonalen Fachstellen positiv bewertet», führte Monica Vogel, Projektleiterin Ressourcen bei der Kibag, aus. Aus wirtschaftlichen, ökologischen und verkehrstechnischen Gründen soll Aushub- und Abbruchmaterial in der Region abgelagert werden. Die Transportdistanzen zwischen Baustelle und Deponie sollen kurz sein, um Kosten und Emissionen zu sparen. Während zehn Jahren soll die Deponie in Etappen aufgefüllt, rekultiviert und wieder der Landwirtschaft übergeben werden.

Christoph Duijts, Mitglied der Kibag-Geschäftsleitung, stellte die Firma vor und betonte die Notwendigkeit von regionalen Deponiestandorten.

Zufahrt gibt zu reden

Die Planer rechnen mit durchschnittlich 40 ankommenden Lastwagen mit Aushubmaterial pro Arbeitstag. Gemeinde-Vizepräsident Beat Flühler machte klar, dass der Gemeinderat sicher keinen Deponieverkehr durch Schindellegi will. In Planung ist deshalb eine Zubringerstrasse von der Pfäffikerstrasse über die Peterschwändistrasse in die



Auf rund acht Hektaren Land oberhalb Schindellegi sollen 550 000 Kubikmeter Aushubmaterial deponiert werden können.

Bild zvg



Kibag-Projektleiterin Monica Vogel (links) zeigte sich offen für Anregungen und Fragen.

Bild Frieda Suter

Etzelstrasse. Am Mittwoch wurden vier Varianten vorgestellt, die vom Ausbau der bestehenden Peterschwändistrasse bis zu einem Neubau auf der grünen Wiese gehen. Aktueller Favorit ist gemäss Monica Vogel eine Variante, die zwei bestehende Liegenschaften umfährt und weniger Landwirtschaftsland beansprucht als die Variante über die grüne Wiese. Noch offen sind Detailfragen der Linienführung, der definitive Ausbaustandard und die Tempopfrage. Etliche Besucher des Informationsabends zeigten sich besorgt über den zu erwartenden Verkehr.

Angedacht ist, dass die neue Peterschwändistrasse nach Abschluss des Deponie-Projekts als permanente Umfahrung von der Gemeinde übernommen wird. Zusätzlich plant die Gemeinde eine Unterführung für den Langsamverkehr bei der Einmündung der Peterschwändistrasse in die Kantonsstrasse.

«Wir wollen die Bevölkerung jetzt schon möglichst genau informieren. Aber es liegen noch etliche Planungsschritte vor uns», sagte Monica Vogel. Die Wichtigsten davon sind Umweltverträglichkeitsprüfung, Mitwirkungsverfahren und das Einverständnis des Kantons. Danach folgen die Urnenabstimmung und das Baugesuchsverfahren mit den üblichen Einsprachemöglichkeiten. Ziel ist, die Betriebsbewilligung für die acht Hektaren grosse Auffüllung Waldegg spätestens Ende 2024 zu erreichen.

Mehr Infos unter www.projekt-waldegg.ch

40

Lastwagen

mit Aushubmaterial sollen pro Arbeitstag ankommen.

«Mit islamistischem Hintergrund nichts zu tun»

Verteidigerin der 22-jährigen Konvertitin zeichnet vor Strafgericht das Bild einer verzweifelten Frau.

von Ruggero Vercellone

Im Prozess gegen eine 22-jährige Schweizerin, die zum Islam konvertiert war und des versuchten Mordes sowie der mehrfachen Anstiftung zu Mord gegenüber ihrem afghanischen Ex-Freund und dessen Mutter angeklagt wurde (wir berichteten darüber), zeichnete am Dienstag am Strafgericht die Verteidigerin das Bild einer Frau, die verzweifelt nach Liebe, Geborgenheit und Anerkennung suchte. «Mit einem islamistischen Hintergrund hat das nichts zu tun.»

Spontane Affekthandlung statt Mordabsicht

Die Beschuldigte, die schon als 13-Jährige negative sexuelle Erfahrungen gemacht habe, in der Schule gemobbt worden sei und in der Familie früh Verantwortung übernehmen musste, habe ihr Urvertrauen verloren. Halt

fand sie in der neuen Religion und vermeintlich in ihrem damaligen Freund, mit dem sie nach islamischem Ritus eine Verbindung einging. Schon bald habe sie erneut schwere persönliche Verletzungen erlitten, weshalb sie allein in den Libanon geflüchtet sei. Dort habe sie bei einem Libanesen gehofft, die Liebe und Geborgenheit zu finden, wonach sie sich sehnte. Gefunden habe sie aber auch einen verzweifelten Kampf um die Liebe.

Der neue Freund habe sich nicht damit abfinden können, dass die Frau bereits sexuelle Erfahrungen mit einem anderen Mann gehabt hatte. Er habe ihr gedroht, sie zu verlassen, wenn sie die Vergangenheit nicht beseitigen könne. Sie sei ständig unter Druck gesetzt worden und sei in ihren Bemühungen, die neue Liebe zu retten und zu festigen, verzweifelt und total überfordert gewesen.

Die Verteidigerin bestritt die

Mordvorwürfe. Der Angriff auf die Mutter ihres Ex-Freundes mit einem Thermoskrug sei eine spontane Affekthandlung nach einer verbalen Auseinandersetzung gewesen, ohne jeglichen Plan oder Tötungsabsicht. Weitere Schläge mit einer Pfanne seien nicht erwiesen. Die Mutter sei nie in Lebensgefahr gewesen, weshalb die Beschuldigte höchstens wegen einfacher Körperverletzung zu bestrafen sei.

Verteidigerin fordert sechs Monate statt 13 Jahre

Die Vorwürfe, sie habe in zwei Fällen Männer angestiftet, ihren Ex-Freund ohnmächtig zu schlagen, damit sie ihn dann töten könne, wurden auch bestritten. Sie habe die Tötungsabsicht nie erwähnt, sondern nur verlangt, dass die Männer ihren Ex-Freund schlagen sollten. Die Sprachnachricht, in der sie ihrem neuen Freund sagte, sie habe ihren Ex-Freund und dessen

Mutter töten wollen, erklärte die Verteidigerin so: Sie habe in ihrer Verzweiflung einfach das gesagt, was ihr Freund hören wollte. Es sei bei der Beschuldigten auch kein Messer gefunden worden. «Sie hatte keinen Plan, sie zog einfach los.»

Die Verteidigerin forderte wegen einfacher Körperverletzung, falscher Anschuldigung (sie hatte ihren

Ex-Freund unter anderem wegen angeblicher Vergewaltigung angezeigt) und versuchter Begünstigung eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten. Diese Strafe soll für die Frau, die sich seit einem Jahr im vorzeitigen Strafvollzug befindet, zugunsten einer Massnahme für junge Erwachsene aufgeschoben werden. Der Staatsanwalt hatte eine Freiheitsstrafe von 13 Jahren beantragt.

Die Verteidigerin der wegen strafbaren Vorbereitungshandlungen zu Mord angeklagten Mitbeschuldigten (ein 20-Jähriger und zwei zum Tatzeitpunkt Minderjährige) forderten alle Freisprüche – aus formellen Gründen, da Verteidigungs- und Teilnahmerechte verletzt worden seien und weil alle nichts von einer Tötungsabsicht der Frau wussten.

Das Strafgericht und das Jugendgericht werden die Urteile später mündlich eröffnen.

«Sie hatte keinen Plan, sie zog einfach los.»

Verteidigerin vor dem Strafgericht